Protokoll
über die 21. Sitzung des Ausschusses für Personal und Verwaltung
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin

am Donnerstag, dem 13. Januar 2005

Beginn: 16.37 Uhr Ende: 17:45 Uhr
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1 Protokolle

Die beiden vorliegenden Protokolle vom 12.8. und 11.11.2004 werden angenommen.

TOP 2 Bericht aus dem Bezirksamt

BzBm berichtet zu dem Beschluß der BVV über den Ankauf eines Videos über den Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Eine Tochtergesellschaft des RBB ist für die Vermarktung von RBB-Produktionen zuständig. Ein Ankauf der Videos wird vom Bezirksamt in Erwägung gezogen. Die Kosten (symbolische Lizenzgebühr) betragen 100 € zuzügl. 7 % MwSt. 20 Videos oder DVD's würden dem Bezirk zum Sonderpreis von 250 € plus MwSt. also 350 € plus 7 % MwSt. zur Verfügung gestellt.
Gegen den vorgeschlagenen Kauf bestehen seitens der Ausschußmitglieder keine Bedenken.

Zum Thema Video-Überwachung des Parkplatzes am Rathaus in Zehlendorf war noch die Frage nach den Einnahmen offen. Herr Schadeck berichtet, daß diese durchschnittlich in den Jahren 2003/2004 jeweils 35.000 € betrugen. Die Frage nach der Laufzeit der Video-Bänder wird von Herrn Schadeck wie folgt beantwortet. Das Bezirksamt kann selbst entscheiden, ob die Bänder nach einem Tag oder theoretisch erst nach einer Woche gelöscht werden. Dies richtet sich auch nach der Größe des Servers.

Die SPD-Fraktion hätte gern zur nächsten Sitzung vom Bezirksbürgermeister gewußt, wo in seinem Etat Kürzungen vorgenommen werden sollen.

TOP 3 Auswahl der Kandidaten für das Schiedsamt im Schiedsamtsbezirk 5

BV Schmid-Petry ist der Meinung, daß angesichts der Tatsache, daß der Amtsinhaber 10 Jahre diese Schiedsmannstätigkeit inne hat, es nicht akzeptabel ist, wenn ihm ein solches ‚Standardschreiben' zugesandt wird. Sie bittet deshalb den Ausschuß, die Entscheidung nochmals zu überdenken und auf die nächste Sitzung zurückzustellen. Frau Schmid-Petry wird sich nochmals mit dem Amtsinhaber in Verbindung setzen und ihn bitten, sich bei der nächsten Sitzung vorzustellen.

Das förmliche Einladungsschreiben wird vorgelesen. Dieses Schreiben hätte für den Amtsinhaber evtl. einen Zusatz bekommen sollen, z.B.: „ ...daß sich das Verfahren geändert hat, sich mehrere Bewerber vorstellen werden und auch er gebeten wird, sich dort vorzustellen.“ Das BA wird gebeten, dies künftig zu beachten.

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 4.1 Zehlendorfer Rathaus-Solarstrom ins öffentliche Netz
Drucksache Nr. 1332/II - GRÜNE-Fraktion

BA Dir teilt mit, daß durch den Betrieb der Solaranlage ca. 12.000 kWh Strom produziert werden. Der eingespeiste Strom hat einen Wert von rd. 1.400 €. Daneben hat der Bezirk Wartungskosten von bis zu 1.000 € zu übernehmen. Bei einer Abgabe der Solaranlage müßte der Bezirk die Stromkosten von rd. 1.400 € aus seinem Etat finanzieren. Ein gemeinnütziger Träger könnte durch den Betrieb bei 12.000 kWh rund 5.500 € erzielen. Auch er müßte die Wartungskosten anrechnen, so daß ein mathematischer Gewinn von rd. 4.400 € erzielbar wäre.

Damit dem Bezirk keine zusätzlichen Kosten entstehen, bittet BV Franke-Dressler den Antrag – letzten Absatz – abzuändern:
„Voraussetzung ist ein finanzieller Ausgleich zwischen dem Bezirksamt und dem Träger für die Mehrkosten .....“

BzBm möchte diesen Aspekt der Einnahme hinsichtlich der Zweckgebundenheit erst mit FinDez klären.

Der Antrag sollte als Prüfauftrag angesehen werden und wird insgesamt wie folgt geändert:
1. „Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob ein Teil ....“
2. letzter Satz: „Voraussetzung ist ein finanzieller Ausgleich zwischen dem Bezirksamt und dem Träger für die Mehrkosten,....“

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 4.2 Ombudsmann gegen Korruption im Bezirk Steglitz-Zehlendorf
Drucksache Nr. 1287/II - FDP-Fraktion

Der o.g. Antrag wurde am 1.11.2004 vom Haushaltsausschuß in geänderter Form an den Ausschuß für Personal und Verwaltung zurücküberwiesen. BzBm ist durch den Haushaltsausschuß gebeten worden sich sachkundig zu machen und Informationen einzuholen über die Kosten, die Fallzahlen, die Art der Fälle / der Verfahren ggfs. dadurch erzielte Einsparungen.
BzBm Weber hat sich bereits mit dem Bezirksbürgermeister von Spandau in Verbindung gesetzt. Sobald er über die notwendigen Informationen verfügt, wird er darüber berichten.

Der Antrag wird vertagt.

TOP 4.3 Holocaust-Gedenken
Drucksache Nr. 1395/II - BV Wagner

Da BV Wagner nicht anwesend ist, wird der Antrag von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 4.4 Beibehaltung der bezirklichen Einwahltelefonnummer 6321 in das Bezirksamt aus Kostengründen
Drucksache Nr. 1433/II - FDP-Fraktion

BV Schmid-Petry begründet den Antrag, daß durch die Umstellung Kosten für Visitenkarten, Kopfbögen usw. entstehen, die bei einer Beibehaltung nicht entstehen würden.

BA Dir teilt mit, daß die Mitteilung der Änderung der Telefonnummer auf Kopfbögen, Visitenkarten usw. mittels der Technik nur sehr unwesentliche Kosten verursacht.

Bei der neuen Telefonnummer handelt es sich um den Anschluß an das sog. Berlin-Telefon. Das Bezirksamt ist noch am Projekt Call-Center beteiligt. Es erhofft sich, und dies gelte nur bei der neuen Telefonnummer, daß im Zuge der Verwirklichung des Projektes der Bezirk zu entsprechender neuer Hand- bzw. Software kommen könne, obwohl eine Entscheidung zum Projekt noch offen ist. Mit dem LIT wurde vereinbart, daß zum Zeitpunkt der Umstellung zunächst eine Bandansage mit der Angabe der neuen Telefonnummer und anschließend auf die neue Telefonnummer geroutet wird. Für diese 6-monatige Übergangszeit werden Kosten von ca. 1.000 € entstehen. Die Entscheidung einer neuen Telefonnummer ab 1. April 2005 ist bereits gefallen.
BV Franke-Dressler bittet, in einer der nächsten Sitzungen das Thema Call-Center / Backoffice detaillierter zu besprechen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

TOP 4.5 Jahresbericht des bezirklichen Datenschutzbeauftragen
Drucksache Nr. 1434/II - FDP-Fraktion
und

TOP 4.6 Jahresbericht über Aktivitäten zwischen der Europäischen Union und dem Bezirksamt
Drucksache Nr. 1435/II - FDP-Fraktion

Frau Schmid-Petry bittet beide Tagesordnungspunkte zu vertagen, da noch Abstimmungsbedarf besteht.

TOP 4.7 Rathaus an der Düppelstraße ?
Drucksache Nr. 1430/II - GRÜNE-Fraktion

BzBm weist darauf hin, daß der Ausschuß sicher sein kann, daß die Bauabteilung sehr sorgfältig die Standortalternativen prüfen wird. Außerdem liegt die Zuständigkeit nicht beim Ausschuß für Personal und Allgemeine Verwaltung, sondern fällt in den Bereich des Stadtplanungsausschusses.

Der Antrag wird an den Stadtplanungsausschuß überwiesen.

TOP 5 Verschiedenes

Die nächste Sitzung findet turnusmäßig am 17. Februar 2005 statt.

Berlin, Steglitz-Zehlendorf den 14. Februar 2005

Vorsitzende: BV Grimpe-Christen
Schriftführer: BV Kölsch
Protokoll: Fährmann